

infobrief 01/08 Kerstin Müller



Mitglied des Deutschen
Bundestages
Außenpolitische Sprecherin
B90/Die Grünen

NRW - Termine

- 06.** Februar Politischer Aschermittwoch
08. März Kreismitgliederversammlung Köln

Themen

- 01** Afrika und Europa - Konferenz am 30.Nov/1.Dez
02 Kenia
03 Namibia
04 Gaza
05 Sacharow-Preisträger Osman für Darfur
06 UNO-Resolution 1325
07 Fraktionsklausur
08 Friedenspolitischer Kongress

Liebe Freundinnen und Freunde,

das Jahr 2007 war außenpolitisch besonders vom Iran und der neuen Rolle Chinas in der Welt bestimmt. Die partei-interne und öffentliche Diskussion um Afghanistan, aber auch Nah-Ost hat die Debatte geprägt.

Ich hoffe, dass auch im Jahre 2008 die Grünen wieder so regen Anteil an außenpolitischen Diskussionen nehmen werden. Sehr am Herzen in diesem Zusammenhang liegt mir die Beziehung zu Afrika. Anfang Dezember 07 fand unter dem Motto „Afrika und Europa - Aufbruch zu einer neuen Partnerschaft“ unter meiner und Thilo Hoppes Federführung die große Konferenz in Berlin statt. Der Reader liegt jetzt vor.

Schon gleich zum Auftakt des politischen Jahres 08 hat die Fraktion bei Ihrer Klausur in Wörlitz ‚Deutschlands Rolle in einer multilateralen Welt‘ mit Egon Bahr diskutiert.

Weiter geht es im Frühjahr mit dem friedenspolitischen Kongress am 7. und 8. März 2008 im Berliner Umweltforum, bei dem wir die Möglichkeit haben, außenpolitische Grundsatzfragen zu diskutieren. Dabei habe ich die Leitung der Workshops ‚Responsibility to protect‘ und gemeinsam mit Thilo Hoppe den Workshop ‚Frieden durch Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung‘ übernommen und hoffe, dass viele den Weg nach Berlin finden werden.

Bis dahin wünsche ich Euch eine informative Lektüre und stehe natürlich für Nachfragen und Anregungen zur Verfügung.

Eure Kerstin Müller

Für weitere Informationen:
www.kerstin-mueller-mdb.de
www.gruene-bundestag.de

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ (030) 2277 1 022

☎ (030) 227 76 480

✉ Kerstin.Mueller@bundestag.de
www.kerstin-mueller-mdb.de

Wahlkreisbüro

Ebertplatz 23
50668 Köln

☎ 0221 - 72 20 369

☎ 0221 - 97 25 710

✉ Kerstin.Mueller@wk.bundestag.de
Mitarbeiterin: Judith Hasselmann

infobrief 01/08 Kerstin Müller

01- Afrikakonferenz am 30. Nov./1. Dez in Berlin

Eine Woche vor dem großen EU-Afrika-Gipfel in Portugal fand am 30.Nov./1.Dez. die große Afrika-Konferenz der grünen Bundestagsfraktion statt. Unter dem Motto „Afrika und Europa - Aufbruch zu einer neuen Partnerschaft, die mein Büro federführend mit Thilo Hoppe organisiert hatte. Gemeinsam für Entwicklung, Sicherheit und Frieden“ haben wir mit prominenten und interessanten Gästen aus Afrika und Europa zwei Tage über die Zukunft der afrikanisch-europäischen Beziehungen diskutiert.

7 Jahre ist es nun her, dass sich zuletzt auf Gipfelebene die Staats- und Regierungschefs begegnet sind. Seitdem hat sich die Weltpolitik verändert. Hatte sich die Zusammenarbeit historisch eher auf die Handelspolitik und die Entwicklungszusammenarbeit konzentriert, stehen nunmehr auch Fragen des Klimawandels, sowie von Fragen ‚Good Governance‘ und Menschenrechten auf der Tagesordnung. Als Hauptgast begrüßten wir die Senegalesin Marie-Angelique Savané, Mitglied in der Kerngruppe des so genannten "Africa Peer Review Panel". Im Forum II, das sich unter meiner Federführung mit dem Thema: Partnerschaft für Frieden und Sicherheit beschäftigte, konnte ich hochrangige Gästen wie zum Beispiel den Sacharow-Preisträger und Abgeordneten des sudanesischen Parlaments Salih Mahmoud Osman sowie Vertreter der Afrikanischen Union und des Ratssekretariat der EU begrüßen.

Schon jetzt sind die Foren auf der Grünen Homepage umfangreich dokumentiert. Ein Reader liegt bereits vor.

Hier geht es zur Dokumentation des Forum II:

http://www.gruene-bundestag.de/cms/internationales/dok/210/210769.aufbruch_zu_einer_neuen_partnerschaft-seite~5.html

02 – Kenia:- Gewalt stoppen, Wahlergebnis überprüfen

In Kenia, das bislang als eines der stabilsten afrikanischen Länder galt, zeichnet sich eine der größten Krisen seit seiner Unabhängigkeit 1963 ab. Lange galt es als Musterbeispiel für die afrikanische Demokratisierung, wo sich Konflikte an politischen Einstellungen entzündeten, aber nicht mehr an ethnischen Unterschieden. Umso größer ist jetzt die Sorge über die aktuellen Geschehnisse. Aufgrund der zunehmenden Polarisierung, Program-Stimmung und Umsiedlungen befindet sich Kenia in einem nie zuvor gekannten Schockzustand.

Nie waren die Erwartungen an eine Präsidentschaftswahl in Kenia so hoch, nie war die Bevölkerung so politisiert, nie der Wahlkampf so beeindruckend. Die auf für westliche Länder sehr hohe Wahlbeteiligung von 70 Prozent waren eine starkes Indiz dafür, dass die Kenianer den Wechsel wollten. Umso größer die Enttäuschung der Kenianer über den Wahlbetrug vor allem des Kibaki-Lagers. Nun, nach der Selbsternennung Kibakis zum Präsidenten, muss die Internationale Gemeinschaft klarmachen, dass seine Regierung aufgrund des Wahlbetruges illegitim ist. Wir dürfen nicht den Hauch eines Verdachts hinterlassen, Kibaki zu präferieren.

Nach über 500 Toten, tausenden Verletzten und an die 300.000 Binnenflüchtlingen bei den Gewaltexzessen darf es kein ‚Business as usual‘ geben.

infobrief 01/08 Kerstin Müller

Von der Bundesregierung erwarte ich, dass sie sich ernsthaft und intensiv für eine Beendigung der Gewalt und eine Lösung der Krise am Dialog-Tisch einsetzt. Erste Vermittlungsversuche seitens der USA, Südafrikas und der Afrikanischen Union (AU) sind bereits angelaufen. Auch Deutschland sollte seine Vermittlungsdienste anbieten, da es von den Streitparteien als neutral wahrgenommen wird. Allerdings soll die Federführung bei der Vermittlung eines Dialogs bei der AU liegen. Hierzu sollte dem von der AU und der UNO beauftragten, ehemaligen UNO Generalsekretär Kofi Annan durch die Bündelung des politischen Drucks der Rücken gestärkt werden. Ziel des Dialogs müssen perspektivisch Neuwahlen sein. Ohne diese Inaussichtstellung wird es keinen Frieden geben. Bis zu den Neuwahlen, könnte eine Übergangsregierung zwischen den Parteien Odingas und Kibakis regieren, damit das Land zur Ruhe kommen kann.

Langfristig sollte die Bundesregierung auf eine Reform des Staatssystems drängen (Föderalismus und Verfassung) und falls erwünscht auch beratend unterstützen. Denn die verkrusteten Strukturen sind Quell der ethnischen Spannungen, der regionalen Marginalisierung und des großen Wohlstandsgefälles sowie der Korruption.

03 – Namibia – Versöhnungsprozess vorantreiben

Anfang November 07 begannen die deutsch-namibischen Regierungsverhandlungen in Bonn. Erst unter rot-grüner Regierungszeit hat sich die Bundesrepublik zur Verantwortung für den Völkermord deutscher Kolonialtruppen an den Herero, Nama und anderen Völkern Namibias bekannt. Durch die Rede der Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul anlässlich des 100jährigen Jubiläums der Niederschlagung der Herero-Aufstände kam überhaupt ein erneuter Dialog in Gang.

Allerdings ist die geplante Versöhnungsinitiative gescheitert. Neu ist, dass die namibische Nationalversammlung im Oktober letzten Jahres einen Beschluss gefasst hat, der Entschädigungszahlungen verlangt und zeigt, dass wir uns wieder am Anfang eines langen Prozesses befinden.

Es soll hier nicht um die 20 Mio. aufgestockte Entwicklungshilfe gehen. Zur viel beschworenen Partnerschaft mit Afrika gehört im Fall Namibia vor allem der partnerschaftliche Dialog. Ich habe einen offiziellen deutsch-namibischen Parlamentsdialog vorgeschlagen, der Empfehlungen für einen solchen Versöhnungsprozess ausarbeitet. Die Grüne Fraktion hat auf meine Initiative am 21.01.08 dazu einen Antrag beschlossen, der nun interfraktionell verhandelt werden soll, denn dieses Thema darf nicht den Parteiquerelen zum Opfer fallen.

04 - Isolation des Gazastreifens beenden

Die Lage in Gaza ist dramatisch. Nach langen Monaten des Boykotts gegen den von der Hamas regierten Gazastreifen und einer weitgehenden Abriegelung ist die wirtschaftliche,

infobrief 01/08 Kerstin Müller

soziale und humanitäre Lage katastrophal. Über achtzig Prozent der Bevölkerung sind von Hilfslieferungen abhängig, Krankenhäuser sind kaum noch einsatzbereit. Der Durchbruch tausender Palästinenser nach Ägypten zeigt, wie sehr die Lage außer Kontrolle geraten ist.

Der anhaltende Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen durch militante Kämpfer ist scharf zu verurteilen und eine Bedrohung für Israel. Darauf zu reagieren ist das legitime Recht Israels. Die israelische Strategie, die mit einer Bestrafungspolitik gegenüber der Bevölkerung eine Änderung der Lage in Gaza erzwingen will, ist aber in keiner Weise aufgegangen. Im Gegenteil: Die Verelendung des Gazastreifens produziert neuen Hass und Gewaltbereitschaft. Dies schwächt auch zusätzlich den hilflos zuschauenden palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas und die Friedensgespräche.

Die jüngste Eskalation der Lage ist eine menschliche Katastrophe auf Seiten der Palästinenser und liegt nicht im Interesse israelischer Sicherheit. Die Mobilität der Palästinenser und die Öffnung der Grenzen müssen bei gleichzeitiger Sicherstellung der Grenzkontrollen gewährleistet sein. Anders wird keine positive wirtschaftliche Entspannung möglich sein. Dazu sollte der Vorschlag, die Überwachung der Grenzen an die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) zu übertragen, direkt mit der Hamas erörtert werden. Die EU, die vor der Hamas-Herrschaft die Grenze zu Ägypten gesichert hat, muss dringend diplomatisch eingreifen. Sie muss zur Grenzsicherung beitragen und gegenüber Israel auf ein Ende der Abriegelungspolitik in Gaza drängen.

05 – Sudan/Darfur: Gratulation an Salih Mahmoud Osman!

Der Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments ging 2007 an den sudanesischen Menschenrechtsaktivisten Salih Mahmoud Osman aus Darfur.

Sein Engagement für Folteropfer in Sudan und insbesondere die Opfer des schleichenden Völkermords in Darfur ist auch eine Mahnung an die europäische Politik. Die Preisverleihung erinnert an das andauernde Versagen, zu einer erfolgreichen Friedenslösung in Darfur beizutragen.

Die Lage in Darfur ist trotz beschlossener UNO-Mission nach wie vor dramatisch. Es kann einfach nicht sein, dass die internationale Gemeinschaft und mit ihr die Europäische Union nicht dazu in der Lage sind, der beschlossenen Friedensmission UNAMID genügend Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Es mangelt an Personal, Hubschraubern und Sicheren Transportmitteln, wodurch sich die Stationierung verzögert. Aber auch die sudanesishe Regierung verzögert mit Hinhaltenaktik die Stationierung. All das, nachdem ein Jahr lang heftig darum gerungen wurde, dass Sudan dieser Friedensmission endlich zustimmt. Diese Unfähigkeit der internationalen Gemeinschaft ist eine Einladung für die sudanesishe Regierung, ihre Hinhaltepolitik fortzusetzen, während auf Rebellenseite Zersplitterung und Banditenwesen zunehmen. Jeder Tag kostet Menschenleben.

Ich hoffe, dass die Verleihung des Sacharow-Preises an Salih Mahmoud Osman dazu beiträgt, dass Öffentlichkeit und Politik Europas sich stärker für eine Friedenslösung in Darfur einsetzen. Die Zeit drängt!

*Aktuelle Nachrichten auf Englisch: www.sudantribune.com
Darfur-Hilfe e.V.: www.darfur-hilfe.org*

infobrief 01/08 Kerstin Müller

06 – UNO-Resolution 1325

Im November legte die Bundesregierung endlich einen Bericht zur UN-Resolution 1325 vor. Wir haben im Mai-Newsletter 07 ausführlich darüber berichtet. Zum ersten Mal in der UN-Geschichte wurde eine völkerrechtlich bindende Vorgabe zur Beteiligung von Frauen in Entscheidungen über Krieg und Frieden beschlossen. Im grünen Antrag ‚Frauen, Frieden und Sicherheit‘ fordern wir dazu einen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung. Der jetzt vorliegende Bericht bietet aber meiner Meinung nach weder Zielformulierung noch Zeitvorgaben, sondern ist ein Sammelsurium einzelner Projekte, die die Planlosigkeit der Bundesregierung, was dieses Thema angeht, deutlich macht.

Ich werde im Februarausschuss auf die Konkretisierung der Ziele drängen und dieses Thema weiter in Richtung Aktionsplan vorantreiben.

Unser Antrag 16/4555 hier:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/045/1604555.pdf>

Zum Weiterlesen zum Thema Gender und Globale Strukturpolitik, gibt es eine Homepage der Frauennetzwerkstelle Womnet: www.womnet.de

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat im Mai ,07 eine Europäische Vernetzungskonferenz ‚Gender in der EU-Friedens-und Sicherheitspolitik‘ veranstaltet.

Hier sind die Ergebnisse aufzufinden: http://www.glow-boell.de/de/rubrik_2/5_1875.htm

07 – Fraktionsklausur: Grüne diskutieren in Wörlitz mit Egon Bahr

Die Staatengemeinschaft steht vor immensen globalen Herausforderungen: Klimawandel und Rohstoffkrise, globale Ungerechtigkeit, weltweite Armut und Ausgrenzung, neuer Rüstungswettkampf und weltweite nukleare Aufrüstung. Wir erleben verstärkt Krieg, Bürgerkriege, entstaatlichte Gewalt und Terrorismus. Diesen globalen Herausforderungen können wir nur mit einem modernen, ganzheitlichen Politikverständnis gerecht werden. Und wir werden Lösungen nur in multilateraler Verantwortung finden können.

Deshalb haben wir uns in Wörlitz Zeit genommen für eine ausführliche Aussprache zu Fragen der multilateralen Verantwortung Deutschlands und seiner neuen Rolle in der Welt. Für uns auch eine Vorbereitung des friedenspolitischen Kongresses am 7. und 8. März. Zu Gast war Egon Bahr, der die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen in einer multipolaren Welt skizzierte. Dabei ging er auf die Schlüsselakteure USA, Russland, China und Europa ein und hielt ein Plädoyer für Europa als ein Pol in der multipolaren Welt.

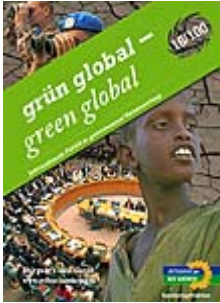
Konsens der grünen Aussprache war: Grüne Außenpolitik steht für einen effektiven Multilateralismus. Multipolarität gibt keine Antworten auf die globalen Herausforderungen. Europa ist praktizierte Multilateralität und hat die Kraft, globale Transformationsprozesse anzustoßen und zu steuern, wenn es endlich gelingt eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu verankern.

Menschenrechte sind eine Säule unserer Außenpolitik. Menschenrechtspolitik ist für uns mehr als Einzelfallhilfe, wir setzen uns ein für die Implementierung von Menschenrechten weltweit. Wir wollen die "Responsibility to Protect", die "Pflicht die eigene Bevölkerung zu beschützen", mit Leben erfüllen. 2008 wird eine schwierige Phase werden für eine ganze Reihe von Friedenseinsätzen, an denen Deutschland sich beteiligt. Mit Blick auf den anstehenden Wechsel der US-Administration bleiben wir realistisch. Ich teile die Einschätzung von Egon Bahr, dass die transatlantische Brücke neu fundiert werden muss.

infobrief 01/08 Kerstin Müller

Zu einem ausführlichen Bericht zur Klausur geht es hier:

http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/213/213062.green_global_internationale_politik.html
Die neue Broschüre zum Thema grün global ist erschienen:



Download hier:

http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/213/213061.green_global_internationale_politik.pdf

08 - Grüner Friedenskongress in Berlin - Terminankündigung

Um Friedenspolitik weiter zu entwickeln, hat der Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im letzten Jahr eine friedens- und sicherheitspolitische Kommission einberufen, deren Mitglied ich auch bin. Wir haben kürzlich einen Zwischenbericht unserer Arbeit vorgelegt, den wir jetzt mit Euch diskutieren wollen.

Unter dem Motto "Konflikte erkennen. Frieden bewegen" werden wir auf dem Friedenskongress in Berlin am 7. und 8. März unsere Thesen vorstellen. Alle Grünen-Mitglieder sind eingeladen, diesen Zwischenbericht zu kommentieren und zu diskutieren. Auf der Website kann die Debatte bereits eröffnet werden und ich lade Euch alle herzlich ein, Euch zu beteiligen. Ich selber werde außerdem mit der Federführung bei den Workshops 'Responsability to protect' und 'Frieden durch Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung' meinen Beitrag zur Debatte leisten. Wir sehen uns in Berlin!

Zwischenbericht hier:

http://www.gruene.de/cms/themen/rubrik/11/11085.texte_der_kommission.htm